Tennis-Club Landau a.d. Isar e.V.

Satzung

I. Allgemeines

§ 1 Name, Sitz, Eintragung und Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen Tennis-Club Landau a. d. Isar e.V. (Kurzzeichen TC)
2. Der Sitz des Vereins ist Landau an der Isar
3. Der Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Landshut eingetragen.
4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

1. Vereinszweck:
 - a) Der Verein bezweckt die Pflege des Tennissports und die Förderung des Sports, insbesondere durch Training/Förderung der Jugend und des Breitensports.
 - b) Der Satzungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch Einrichtung von Sportanlagen, eines Vereinsheims und einem Jugendtreffpunkt. Es wird angestrebt, im Winter einen Hallenplatz zur Verfügung zu stellen.
 - c) Der Verein ist parteipolitisch und konfessionell nicht gebunden.
2. Der Vereinszweck wird insbesondere erreicht durch:
 - a) die Durchführung regelmäßiger Sportveranstaltungen
 - b) die Durchführung eines leistungsorientierten Trainingsbetriebes
 - c) den Aufbau eines umfassenden Trainings- und Übungsprogrammes für alle Bereiche, einschließlich des Freizeit- und Breitensports
 - d) die Teilnahme an sportspezifischen und übergreifenden Sport- und Vereinsveranstaltungen
 - e) die Durchführung von allgemeinen Jugendveranstaltungen und -maßnahmen
 - f) die Beteiligung an Turnieren und sportlichen Wettkämpfen.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Ziele.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Verbandsmitgliedschaften

1. Der Verein ist Mitglied im
 - a) Bayerischen Landessportverband e.V. (BLSV)
 - b) Bayerischen Tennisverband e.V. (BTV)
2. Der Verein erkennt die Satzungen, Ordnungen und Wettkampfbestimmungen der Verbände nach Absatz 1 als verbindlich an.
3. Die Mitglieder des Vereins unterwerfen sich durch ihren Beitritt zum Verein den maßgeblichen Satzungen, Ordnungen und Wettkampfbestimmungen der Verbände nach Absatz 1. Soweit danach das Verbandsrecht zwingend ist, überträgt der Verein seine Ordnungsgewalt auf den jeweiligen Verband nach Absatz 1.

II. Vereinsmitgliedschaft

§ 5 Mitgliedschaften

1. Der Verein besteht aus:
 - a) ordentlichen Mitgliedern
 - b) außerordentlichen Mitgliedern
 - c) Ehrenmitgliedern
2. Ordentliche Mitglieder sind alle Mitglieder, die sich aktiv am Vereinsleben beteiligen, ohne Berücksichtigung des Lebensalters.
3. Außerordentliche Mitglieder sind die passiven und fördernden Mitglieder des Vereins.
4. Auf Vorschlag des Vorstandes kann die Mitgliederversammlung Personen, die sich um den Verein in besonderer Weise verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen.

§ 6 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft wird durch Aufnahme erworben. Es ist ein Aufnahmeantrag in Textform an den Vorstand zu richten.
2. Das Aufnahmegesuch eines beschränkt Geschäftsfähigen oder Geschäftsunfähigen ist von dem/den gesetzlichen Vertreter(n) zu stellen.

3. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand Das Mitglied erhält eine Aufnahmebestätigung mündlich oder in Textform oder spätestens mit Buchung des Mitgliedsbeitrags.
4. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht. Die Ablehnung der Aufnahme muss nicht begründet werden.

§ 7 Ende der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch:
 - a) Austritt aus dem Verein
 - b) Tod
 - c) Ausschluss
2. Der Austritt (Kündigung) erfolgt durch eine Erklärung in Textform gegenüber dem Vorstand des Vereins. Der Austritt kann nur zum Ende des Kalenderjahres unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen erklärt werden.
3. Bei der Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Ansprüche gegenüber dem Verein. Nicht berührt sind Verpflichtungen aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, insbesondere ausstehende Beitragspflichten.

§ 8 Ausschluss aus dem Verein

1. Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es beispielsweise
 - durch vereinschädigendes Verhalten auffällt, etwa die Vereinsarbeit oder eines der Vereinsmitglieder in völlig überzogener Form öffentlich schlecht macht.
 - gegen die Satzungsziele handelt und die Vereinsarbeit erheblich behindert.
 - Mitglieder bedroht oder beleidigt, ihnen gegenüber offen gewalttätig wird.
 - Beiträge nicht bezahlt oder Vereinseigentum unterschlägt.
2. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit.

III. Rechte und Pflichten der Mitglieder

§ 9 Spielberechtigung

1. Spielberechtigt sind alle aktiven Mitglieder. Die Spielberechtigung umfasst das Recht zur Nutzung aller Vereinsanlagen und –einrichtungen. Das Nähere regelt eine Spiel- und Platzordnung.

§ 10 Beitragsleistungen und Beitragspflichten

1. Der Vorstand ist ermächtigt, eine Beitragsordnung zu erlassen und darin die Einzelheiten zum Beitragswesen des Vereins zu regeln. Über die Höhe der Geldbeträge sowie über sonst von den Mitgliedern zu erbringenden Leistungen beschließt die Mitgliederversammlung.
2. Die Beitragsordnung regelt die mitgliedschaftlichen Pflichten: Höhe der Mitgliedsbeiträge, mögliche Aufnahmegebühren, die Erhebung von Umlagen sowie Sachleistungen und die Leistung von Diensten (Arbeitseinsätze)
Diese können nach Mitgliedergruppen unterschiedlich festgesetzt werden. Unterschiede müssen sachlich gerechtfertigt sein.
3. Der Vorstand kann in begründeten Einzelfällen Leistungen und Pflichten ganz oder

teilweise erlassen oder stunden.

Für Ehrenmitglieder und außerordentliche Mitglieder können besondere Regelungen festgelegt werden.

IV. Die Organe des Vereins

§ 11 Vereinsorgane

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand

§ 12 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins.
2. Wahl- und stimmberechtigt sowie wählbar sind alle Vereinsmitglieder, die am Tag der Versammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben.
3. Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt. Die Einberufung durch den Vorstand an die Mitglieder erfolgt in Textform auf der Homepage des Vereins und/bzw. in den soz. Medien und durch Bekanntmachung in der Regionalzeitung (Landauer Zeitung) Zwischen der Einberufung und der Mitgliederversammlung muss eine Frist von mindestens zwei Wochen liegen.
Die Tagesordnung und eventuelle Anträge sind der Einladung beizufügen.
4. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn der Vorstand grundsätzliche Interessen des Vereins berührt sieht. Ein Minderheitsverlangen auf Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung ist von mindestens 20% der stimmberechtigten Mitglieder zu stellen.
5. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig.
6. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstandsvorsitzenden geleitet. Bei seiner Verhinderung wird die Versammlung vom 2. bzw. 3. Vorsitzenden des Vorstandes geleitet. Unabhängig hiervon kann die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit einen Versammlungsleiter wählen.
7. Zwischen dem Rücktritt des alten Vorstandes, der Entlastung und der Wahl des neuen Vorstandsvorsitzenden führt ein Wahlkollegium, das sich durch Zuruf aus den erschienen Mitgliedern der Hauptversammlung zusammensetzt, vorübergehend die Leitung der Mitgliederversammlung.
Nach der Wahl des Vorstandsvorsitzenden übernimmt der Gewählte den Vorsitz des Wahlkollegiums.
8. Abstimmungen und Wahlen erfolgen offen per Handzeichen. Stellen mindestens 15 % der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder einen Antrag auf geheime Abstimmung oder Wahl, so muss dies für die jeweilige Abstimmung oder Wahl angewendet werden.
9. Anträge zur Mitgliederversammlung können vom Vorstand und von Mitgliedern eingebracht werden. Sie müssen dem Vorstand mindestens eine Woche vor der Versammlung in Textform mit einer Begründung vorliegen.

10. Dringlichkeitsanträge bedürfen zur Beratung und Beschlussfassung einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten. Als Dringlichkeitsanträge werden nur solche Anträge anerkannt, die ihrer Natur nach nicht fristgerecht eingereicht werden konnten. Satzungsänderungen oder Auflösungsanträge sind von dieser Regelung grundsätzlich ausgeschlossen.

§ 13 Zuständigkeiten und Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist in folgenden Vereinsbelangen zuständig:

1. Entgegennehmen des Jahresberichtes des Vorstandes
2. Entlastung des Vorstandes
3. Genehmigung zur Änderung der Beiträge
4. Genehmigung zur Erhebung einer Vereinsumlage
5. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes
6. Wahl des Kassenprüfers
7. Änderung der Satzung und Beschlussfassung über die Auflösung/ Fusion des Vereins
8. Ernennung von Ehrenmitgliedern/ Ehrenvorständen
9. Beschlussfassung über Beschwerden bei Vereinsausschlüssen
10. Beschlussfassung über eingereichte Anträge
11. Verabschiedung von Vereinsordnungen soweit diese nicht nach Satzung oder Beschluss der Mitgliederversammlung in die Zuständigkeit des Vorstands fallen.

§ 14 Vorstand

Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorstandsvorsitzende und der 2. und 3. Vorsitzende. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich jeweils allein.

Die Aufgaben der BGB-Vorstände sind die Leitung des Vereins, dessen Vertretung nach außen und die Überwachung der Vereinsorgane, die Einberufung und Leitung der Sitzungen und Versammlungen. Zur Erledigung der Vereinsangelegenheiten im Innenverhältnis besteht die Vorstandschaft aus dem geschäftsführenden Vorstand (Vorstandsvorsitzender und 2. und 3. Vorsitzender) sowie mindestens 5 weiteren Ressortleitern:

- a) dem Vorstandsvorsitzenden
- b) dem Ressortleiter Finanzen
- c) dem Ressortleiter Vertrieb/Marketing
- d) dem Ressortleiter Technik
- e) dem Ressortleiter Sport
- f) dem Ressortleiter Jugend
- g) dem Ressortleiter Verwaltung
- h) dem Ressortleiter Öffentlichkeitsarbeit

Die Ressortaufteilung auf die Vorstandsmitglieder erfolgt in der konstitutiven Vorstandssitzung.

1. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht in einem anderen Organ durch Satzung zugewiesen sind. Zu seinen Aufgaben zählen insbesondere
 - Führung der laufenden Geschäfte
 - Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung
 - die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung
 - Vorbereitung eines etwaigen Haushaltsplans, Buchführung, Erstellung des Jahresberichts, Vorlage der Jahresplanung
 - Entscheidung über Aufnahmeanträge

- Entscheidung über Vergütungen für die Vereinstätigkeit
2. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre.

Eine Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand bleibt auch nach Ablauf der Amtszeit im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist. Abwesende können gewählt werden, wenn sie ihre Bereitschaft zur Annahme des Amtes vorher schriftlich erklärt haben.
 3. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vorzeitig aus, so kann der Vorstand für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen einen Nachfolger bestimmen.
 4. Die Mitglieder des Vorstandes haben bei Abstimmungen je eine Stimme, bei Stimmengleichheit zählt die Stimme des Vorstandsvorsitzenden doppelt.

§ 15 Vergütungen für die Vereinstätigkeit

1. Die Vereinsämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt.
2. Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten entgeltlich ausgeübt werden.
3. Die Entscheidung über eine entgeltliche Vereinstätigkeit trifft der Vorstand mit einfacher Mehrheit. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung.
4. Der Vorstand ist ermächtigt, sonstige Tätigkeiten ohne Begleitung eines Vereinsamtes für den Verein gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung oder Aufwandsentschädigung zu beauftragen. Maßgebend ist die Haushaltslage des Vereins.
5. Zur Erledigung der Geschäftsführungsaufgaben und zur Führung der Geschäftsstelle ist der Vorstand ermächtigt, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten, hauptamtlich Beschäftigte anzustellen.

§ 16 Beschlüsse und Protokolle

1. Alle Organe des Vereins fassen ihre Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit die Satzung keine andere Regelung vorsieht. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht berücksichtigt.
Eine Übertragung des Stimmrechts ist ausgeschlossen.
2. Alle Beschlüsse der Organe sind schriftlich zu protokollieren und vom jeweiligen Protokollführer und Versammlungsleiter zu unterzeichnen.

V. Sonstige Bestimmungen

§ 17 Änderungen der Satzung

1. Über Änderungen der Satzung entscheidet die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen.
2. Anträge auf Änderung der Satzung müssen mindestens drei Wochen vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand eingereicht werden.

§ 18 Ausschüsse

1. Der Gesamtvorstand kann bei Bedarf für Vereinsaufgaben zusätzliche Ausschüsse bilden, deren Mitglieder er beruft.
2. Sitzungen der Ausschüsse erfolgen nach Bedarf.

§ 19 Kassenprüfung

1. Die Mitgliederversammlung wählt einen Kassenprüfer, der nicht dem Gesamtvorstand angehören darf.
2. Die Amtszeit des Kassenprüfers beträgt zwei Jahre. Eine Wiederwahl ist möglich.
3. Der Kassenprüfer überprüft einmal jährlich die gesamte Kassenführung des Vereins mit allen Konten, Buchungsunterlagen und Belegen. Er erstattet der Mitgliederversammlung darüber einen Bericht

§ 20 Datenschutz

1. Der Verein erhebt, speichert und verarbeitet die Daten der Mitglieder. Dies können sein:
 - Zuname, Vorname, Geburtsdatum, Geschlecht, Nationalität
 - Anschrift, Bankverbindung, Telefon-/Faxnummer, E-Mail-Adresse
 - Vereinsfunktion, Vereinsnummer, ID-Nummer, Leistungsklasse, Spielergebnisse

Die Daten werden ausschließlich dazu verwendet, die Mitglieder in allen Angelegenheiten, die dem Tennissport dienen, optimal und umfassend zu informieren, zu beraten und zu betreuen. Alle personenbezogenen Daten werden vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt.

Dem Bayerischen Tennisverband sind diese Daten unter geschützter Zugangsberechtigung zugänglich.

2. Der Verein ist berechtigt, die regionale/ überregionale Presse und andere Medien über Sportergebnisse incl. Bilder und Photos zu informieren. Diese Informationen können auch u.a. auf der Homepage des Vereins veröffentlicht werden.
Besondere Ereignisse im Verein und Feierlichkeiten können vom Vorstand mit personenbezogenen Daten auf der Vereins-Homepage/ Vereinszeitung/ Infotafel im Vereinsheim sowie in den Medien bekannt gemacht werden.

Das Mitglied kann einer Veröffentlichung widersprechen. In diesem Fall unterlässt der Verein jede Veröffentlichung.

3. Mitgliederlisten werden ausschließlich auf Anforderung an den Bayerischen Tennisverband, den Vorstand und Vereinsmitglieder mit Funktionen herausgegeben für die die Kenntnis der Mitgliederdaten erforderlich sind und wenn sie zu Verbands-/ Vereinszwecken verwendet werden
4. Der Verein ist berechtigt seinen Sponsoren einmal jährlich eine Mitgliederliste mit den Namen und Anschriften der Vereinsmitglieder auszuhändigen. Jedes Mitglied kann der Weitergabe widersprechen. In diesem Falle werden die personenbezogenen Daten des Mitglieds aus der Liste entfernt.
5. Beim Austritt werden alle personenbezogenen Daten aus dem EDV-System des Vereins entfernt.

Daten, die aus steuerrechtlichen Bestimmungen aufbewahrt werden müssen, werden bis zu zehn Jahre vom Vorstand archiviert.

VI. Schlussbestimmungen

§ 21 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens zu diesem Zweck mit einer einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
2. Falls die Mitgliederversammlung nicht anders beschließt, sind im Falle der Auflösung der Vorstandsvorsitzende und die BGB-Vorstände als Liquidatoren des Vereins bestellt.
3. Bei der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stadt Landau an der Isar, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 22 Gültigkeit der Satzung

1. Die Satzung wurde durch die Mitgliederversammlung am in Landau/Isar beschlossen.
2. Die Satzung tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.
2. Die bisherige Satzung des Vereins tritt mit der Eintragung und zu diesem Zeitpunkt damit außer Kraft.

§ 23 Sprachregelung

Wenn im Text der Satzung oder Ordnungen des Vereins bei Funktionsbezeichnungen die weiblich oder männliche Sprachform verwendet wird, so können unabhängig davon alle Ämter w/m/d besetzt werden.

Landau/Isar,

(Ort, Datum)

Dr. Markus Thannhuber

Vorstandsvorsitzender
Tennis-Club Landau a.d.Isar e.V.